

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36 Schleifische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer) Fernsprecher: Amt Morikplatz 11944	Staats- und Gemeindebetriebe sollen Musterbetriebe sein!	Erscheint wöchentlich am Freitag Bezugspreis: monatlich durch die Post 50 Pf.
---	---	---

Das Kampfprogramm der Unternehmer

Sabotage der Arbeitslosenversicherung / Abbau der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen / Verschärfung der Verbrauchssteuern / Einführung einer Wohnungs- und Kopfststeuer



Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat am 3. Dezember Richtlinien für die kommende Steuer- und Finanzreform veröffentlicht. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesen Richtlinien um ein Kampfprogramm gegen die moderne Arbeiterbewegung. Schon am 12. Dezember soll sich ein außerordentlicher Industrietag in Berlin mit diesen Richtlinien beschäftigen. Man will sie nicht nur in Millionen von Exemplaren in die Massen werfen, sondern auch durch eine Kundgebung größten Formats den kommenden Verhandlungen über die großen Reformen die Initiative des Unternehmertums aufzwingen. Die Richtlinien führen eine diktatorische Sprache, wie sie das Unternehmertum nach dem Kriege noch nie gebraucht hat. Inhaltlich geben sie das Sammelsurium von Ideen sogenannter prominenter Industrieführer wieder, die nicht über ihre Nasenspitze hinaussehen können. Die Argumentation lieferten die jungen Leute im Reichsverband der Deutschen Industrie, und zwar in einer geradezu frivolsten, wenn nicht verbrecherischen Weise. Die deutsche Arbeiterschaft wird in den nächsten Wochen und Monaten vor äußerst harten Kämpfen stehen, denn die Industrie wird alle Mienen springen lassen, um von ihrem Programm möglichst viel durchzusetzen.

Das Programm des Unternehmertums geht von der Forderung aus, die Kapitalbildung in Deutschland stärker zu betreiben. Dazu wird in erster Linie eine steuerliche Entlastung des Unternehmertums und ein Abbau der sozialpolitischen Leistungen verlangt.

Auf steuerlichem Gebiet ist ein Abbau der direkten Steuern, also der Besitz- und Vermögenssteuern und eine Erhöhung der indirekten Steuern, also eine weitere Belastung des Verbrauchs, vorgesehen. Verlangt wird u. a. Fortfall der Industriebelastung, womit die Erleichterungen aus der Reparationsregelung nur dem Unternehmertum zugute kommen sollen, sofortige Herabsetzung der Gewerbesteuer auf die Hälfte und Fortfall nach einer kurzen Uebergangszeit, völlige Beseitigung der Kapitalertragsteuer, Senkung der Einkommensteuer für die mittleren und die höheren Einkommen, Heranziehung nur derjenigen Betriebe zur Vermögenssteuer, die diese aus ihrem Ertrag zahlen können, Verminderung bzw. Beseitigung der sogenannten Kapitalverkehrssteuer usw. Die Erfüllung allein dieser Forderungen würde für das Unternehmertum ein Milliarden Geschenk bedeuten, für das Reich, die Länder und Gemeinden aber völlige Zerrüttung der Finanzen. Das schert das Unternehmertum aber wenig. Es gibt Reich, Ländern und Gemeinden den guten Rat, den Steuerausfall durch höhere Besteuerung des Verbrauchs auszugleichen. Man scheint im Reichsverband der Deutschen In-

dustrie der Ansicht zu huldigen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft noch zu gut ist, und daß diese Arbeiterschaft noch zuviel verbraucht. Weiter wird die Abschaffung der Wohnungszwangswirtschaft im Zeitraum von fünf Jahren und der Fortfall der Hauszinssteuer verlangt. Wie man die Wohnungsmisere in Zukunft überwinden will, darüber zerbricht sich der Reichsverband der Deutschen Industrie nicht den Kopf. Die Proleten können in ihren Wohnhöhlen noch enger beisammenhocken. Hauptsache, daß sich der Besitz Paläste baut. Zu diesem Zwecke wird eine Mietsteuer empfohlen. Sie soll so gezahlt werden, daß von jedem Wohnraum eine bestimmte Abgabe zu entrichten ist. Diese Steuer trägt der Mieter und nicht der Vermieter, dem durch die Inflation Milliarden geschenke in die Taschen flossen. Wohl verspricht hier die Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, daß auf die ärmere Bevölkerung und auf Kinderreiche Rücksicht genommen werden soll. Das kennt man. Bei der Höhe der Summen, die bei Fortfall der Hauszinssteuer durch eine Wohnungssteuer aufzubringen sind, werden natürlich die breiten Massen, die Ärmsten der Armen, bluten müssen. Für die Aufbringung der Gemeindesteuern wird ein Verwaltungs-kostenbeitrag vorgeschlagen. Das ist die übelste Kopfststeuer, die man sich denken kann. Gewerbe- und Realsteuern sollen abgeschafft werden. Die Kreise der Industrie und des Handels, deren Steuerdrückbergerei ja gerichtsnotorisch ist und für die die Gemeinden jährlich große Anlagen errichten müssen, sollen frei ausgehen. Zahlen soll der kleine Mann, der Arbeiter, der Angestellte und Beamte. Nach dieser Richtung wirkt auch die andere Forderung einer schärferen Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Die breiten Massen sollen Gas, Elektrizität und Wasser, Omnibus, Straßenbahn und Vorortbahn höher als bisher bezahlen. Was kümmert es das Unternehmertum. Das Unternehmen wird sich hinterher schon, als Großbezieher von Wasser und Energie, Vorzugspreise ausbedingen.

Das Steuerprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stellt einen Rückfall in die primitivste Steuerpolitik dar, die wir lange überwunden wähten. Es kann auch nur in seiner Primitivität von dem sozialpolitischen Programm des Reichsverbandes übertroffen werden. Grundsätzlich wird in diesem Programm ein Abbau der Leistungen gefordert. Davon ausgehend verlangt man eine abermalige Reform der Arbeitslosenversicherung mit dem Ziel einer radikalen Senkung der Leistungen. Hauptprogramm ist jedoch die Reform der Schlichtungsordnung und des Schiedspruches. Die Möglichkeit von Verbindlichkeitserklärungen, wie sie der jetzige Rechtszustand bietet, soll beseitigt werden. Die Verbindlichkeitserklärung dürfe nur noch bei Gesamttreigkeiten in lebenswichtigen Betrieben und bei solchen Gesamttreigkeiten zugelassen

werden, welche die Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährdet ist. Was aber der Begriff lebenswichtig auf sich hat, das soll in einer Reichsverordnung, natürlich unter Mithilfe des Unternehmertums, festgelegt werden. Wo aber Verwindlichkeitserklärung erfolgen kann, wird nach den Plänen des Unternehmertums nicht mehr das Reichsarbeitsministerium zuständig sein, sondern eine sogenannte Reichsschiedsstelle, in der das Unternehmertum, natürlich d. e. Mehrheit hat.

Zu der Mehrbelastung tritt nach diesen Reformvorschlägen ein Abbau der sozialen Leistung und stärkster Lohndruck. Alles wird aber mit der Notwendigkeit einer stärkeren Kapitalbildung begründet, durch das man mehr Arbeitsgelegenheit in Deutschland schaffen will. Die Notwendigkeit einer stärkeren Kapitalbildung wird niemand leugnen. Auch in der besten Gemeinwirtschaft wird man Kapital bilden müssen. Die Pläne des deutschen Unternehmertums gehen aber dahin, daß diese Kapitalbildung durch Druck auf die Löhne und die ganze Lebenshaltung der breiten Schichten vollzogen wird. Selbstverständlich kann man so Kapital bilden. Selbstverständlich kann man auch für dieses Kapital Maschinen kaufen. Ob man damit aber Kapital im volkswirtschaftlichen Sinne hat, das ist eine andere Frage und die entscheidende Frage. Eine Maschine kann nur arbeiten, die allgemeine Produktivität in der Volkswirtschaft steigern und neue Werte schaffen, wenn Leute da sind, die die Waren kaufen können, die die Maschine produziert. Ist das nicht der Fall, dann muß die Maschine festern; dann müssen die Fabriken schließen. Die teure Maschine ist dann kein Kapital. Rentabel wird nur eine Maschine, wenn genügend Kaufkraft vorhanden ist. Ist sie nicht vorhanden, dann ist die Maschine Schrott. Dann führt die von unserem Unternehmertum verlangte Kapitalbildung nicht zu vermehrten Arbeitsgelegenheiten, sondern zur Zerrüttung der Wirtschaft, zur Desorganisierung unserer Arbeits-

märkte. Kapital kann nur durch Leistungssteigerung gebildet werden. Voraussetzung ist dafür eine gute Sozialpolitik. Der Reichsverband der Deutschen Industrie geht allerdings davon aus, daß der Umfang der sozialen Fürsorge davon abzuhängen hat, was so vom Tisch des Unternehmertums an Brocken abfällt. Der Charakter der Sozialpolitik als Quelle neuer Werte und neuer Leistungssteigerung scheint dem Reichsverband der Deutschen Industrie noch nicht klar geworden zu sein. Worüber man sich nicht wundern kann, wenn man sich die anderen kindischen Vorschläge betrachtet.

Wenn der Reichsverband der Deutschen Industrie von der Notwendigkeit der Kapitalbildung spricht, dann denken seine Mannen ja nicht an die Gesamtwirtschaft; dann denken sie nur an ihre Profitquote. Steigerung der Profitquote ist die Hauptsache. Das ganze Programm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ist ein Programm des wirtschaftlichen Egoismus, darauf abgestellt, neue Machterweiterungen des Privatkapitals vorzubereiten. In diesem Sinne wird die Forderung nach einer Auslockerung der Kartellverordnung erhoben. Der Zwangskartellismus soll unter Ausschaltung aller wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen gefördert werden. Auf dieser Linie liegt auch eine andere Forderung, die eine Einschränkung der öffentlichen Wirtschaft verlangt, und zwar sehen die Richtlinien hier eine Kontrolle der Auslands- und Inlandsanleihen der öffentlichen Betriebe durch den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor, dessen feindliche Stellung gegenüber der Gemeinwirtschaft ja genügend bekannt ist. Durchführung dieser Forderung würde Abdrosselung der öffentlichen Betriebe bedeuten.

Durch das Gelegte wird der Ernst der kommenden Situation wohl deutlich. Die Arbeiter haben die Pflicht, die Reihen enger als je zu schließen. Sie müssen sich klar werden, daß es hier ums Ganze geht. Fr. Oik.

Vierte Sitzung des Ausschusses des ADGB.

II. (Schluß.)

In der Sitzung vom 26. November erstattete Graßmann den Bericht des Bundesvorstandes. Ausführlich beschäftigte er sich mit der Finanznot der Städte und den schlechten Aussichten, die sich daraus für die Bautätigkeit in den nächsten Jahren ergeben. Ueber die Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Bautätigkeit planmäßiger zu gestalten und insbesondere die behördlichen Bauvorhaben gleichmäßig über das ganze Jahr zu verteilen, hat sich der Bundesvorstand mit dem Reichsarbeitsministerium ins Benehmen gesetzt. — Der Bundesvorstand hat gegen den Entwurf eines Lichtspielgesetzes protestiert. — Der Nachlaß Karl Legiens ist auf die Bitte der Archivrleitung in das Reichsarchiv übergeführt worden. Das Besitzrecht des Bundesvorstandes sowie das Recht über etwaige Publikationen aus dem Nachlaß zu entscheiden, wurde vertraglich gesichert.

Anschließend sprach Schlimme über die Neuwahl der Handwerkskammern, die nach der Neuordnung vom 1. April 1929 vor der endgültigen Fertigstellung der Handwerksrolle für die einzelnen Kammerbezirke nicht möglich ist.

In der lebhaften Debatte, die sich an die Mitteilungen über die Tätigkeit des Bundesvorstandes angeschlossen, wurde von Vertretern verschiedener großer Organisationen mit schärfstem Nachdruck betont, daß im Arbeitsschutzgesetz bei der Regelung der Bestimmungen über Mehrarbeit unter allen Umständen der Tatsache der ständig gewordenen Arbeitslosigkeit Rechnung getragen werden müsse. Bestimmungen, die eine regelmäßige Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit zulassen, verlieren jeden Sinn, wenn, wie heute, die Rationalisierung zu starken Betriebs Einschränkungen und Stilllegungen führt, die eine große Zahl von Arbeitskräften freisetzen.

In seinem Schlußwort faßte Graßmann die Ergebnisse der Aussprache zusammen. Der Vorstand wird auch seine Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister über die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit, besonders im Wohnunusbau, fortsetzen. — Zum Schluß gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des Sozialhygienikers Prof. Sommerfeld, der am heutigen Tage verstorben sei.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung sprach Schlimme. Er berichtete über das Ergebnis der Umfrage bei den Verbandsvorständen bezüglich ihrer Stellungnahme zu den in der Sitzung des Bundesauschusses am 31. Juli 1929 vorgelegten Richtlinien über einheitliche Uebertrittsbestimmungen. Die Kommission für Verwaltungsreform hat noch einmal zu den eingegangenen Vorschlägen und Abänderungsanträgen Stellung genommen. Den vorgelegten Richtlinien stimmte die Mehrzahl der Verbände zu, bis auf den Punkt 5, der den Uebertritt von Mitgliedern zu Verbänden mit Invalidenunterstützung regelt. Die Kommission hatte sich bemüht, eine allgemeine Formulierung zu finden, durch die auch die Interessen derjenigen Mitglieder gewahrt werden sollten, die auf Grund des § 9 der Bundesfassung gezwungen sind, bei Berufswechsel aus einem Verband ohne Invalidenunterstützung auszutreten und in einen Verband überzutreten, der die Invalidenunterstützung eingeführt hat. Noch schwieriger wird der Uebertritt, wenn ein Mitglied mit Anwartschaft auf Invalidenunterstützung in einen solchen Verband ohne Invalidenunterstützung übertreten soll. Es haben nach der vorliegenden Uebersicht die Invalidenunterstützung eingeführt oder beschlossen: 25 Verbände mit 3903 449 Mitgliedern; dagegen stehen vier Verbände mit 401 247 Mitgliedern, die diesen Unterstützungszweig nicht einführen können oder wollen. Außerdem besteht in vier Verbänden mit 635 254 Mitgliedern die Absicht, entsprechende Vorlagen zwecks Einführung der Invalidenunterstützung den kommenden Verbandstagen zu unterbreiten. Im Jahre 1930 beginnen 12 weitere Verbände mit 2 401 430 Mitgliedern mit der Zahlung der Invalidenunterstützung. Insgesamt unterstützen dann 25 Verbände mit 3,9 Millionen Mitgliedern ihre invaliden Mitglieder. Die Leistungen der Einzelverbände sind allerdings überaus unterschiedlich und schwanken je nach der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge und der Höhe der Zuschußbeiträge für die Invalidenunterstützung zwischen 4 und 72 RM. monatlicher Unterstützung, oder zwischen dem acht- bis 60fachen Wochenlohnbeitrag. Sonderbeiträge werden nur in 11 Verbänden erhoben, und zwar in Höhe von 5 bis 65 Pf. pro Woche. Die Wartezeiten, die zum Bezug der Unterstützungen berechnigen, variieren zwischen 260 und 2080 Beitragswochen. Infolge dieser außerordentlichen Verschiedenheit bleibt kein anderer

Ausweg, als daß die Verbände durch Gegenseitigkeitsverträge über die zu zahlenden Unterstützungen und die Anrechnung der Beiträge im Falle der Invalidität formulierte Vereinbarungen treffen. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwaige Härten für Ueber-tretende zu vermeiden, und schließlich könnten diese Gegenseitigkeitsverträge zu einer einheitlichen Regelung dieses Unterstützungs-zweiges führen. Notwendig erscheint es ferner, den Beitragsteil für die Invalidenunterstützung gesondert in den Verbandsstatuten auszuweisen, um dadurch Benachteiligungen der Mitglieder zu vermeiden.

Nach eingehender Aussprache stimmte der Bundesausschuß gegen wenige Stimmen den folgenden Richtlinien zu und beschloß ferner, die in der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften im Jahre 1909 gefaßten Beschlüsse für doppelt organisierte in diese Richtlinien (unter 8) aufzunehmen:

1. Mitglieder, die auf Grund des § 9 der Satzung des AOB, bei Berufswechsel zu einem anderen Verbands übertritten, erhalten die erworbenene Mitgliedschaft angerechnet, wenn die Abmeldung durch den bisherigen Verband schriftlich bestätigt ist. Beitrittsgeld wird nicht erhoben. — 2. Für die Anrechnung der in den früheren Verbänden gezahlten Beiträge kommen nur die an die Hauptstelle geleisteten Wochen-(Wol-) Beiträge in Betracht. Der Hauptstellenbeitrag ist in der Regel aus der Doppelwertmarke zu ersehen. Soweit die Doppelwertmarke nicht benutzt wird, sind 25 Proz. von der Wochenwertmarke als nicht unterstützungsberechtigte Lokalaufschläge abzuziehen und dieser errechnete Wert auf 10 Pf. auf- bzw. abgerundet nach der vollen Zahl der geleisteten Wochenbeiträge in das neue Buch vorzutragen. Dieser Wert der geleisteten Wochenbeiträge kann ungerundet werden, jedoch nur bis höchstens zur Gesamtdauer der Mitgliedschaft. — 3. Beitragsfreie Marken, Extrbeiträge, Anerkennungsbeiträge bei Arbeitslosigkeit, fakultative oder Kol-Beiträge bleiben bei der An- und Umrechnung unberücksichtigt. — 4. Für die Unter-

stützungsberechtigung gelten die Satzungsbestimmungen der Einzelverbände mit der Maßgabe, daß die vom Bundesausschuß beschlossenen Richtlinien über Art und Umfang der Unterstützungen (siehe Jahrbücher des AOB, 1926/27) Beachtung finden. Um über-tretende Mitglieder vor Nachteilen zu bewahren, können die Einzelverbände in Gegenseitigkeits- oder Kartellverträgen Ausnahmen von vorstehender Regel zulassen. — 5. Für den Bezug der Invalidenunterstützung wird die Zahl der nach Punkt 2 festgestellten Beiträge in voller Höhe angerechnet, wenn das Mitglied aus einem Verbands mit gleichem Unterstützungs-zwang übertritt. Hat das über-tretende Mitglied die zum Bezug der Invalidenunterstützung in der neuen Organisation festgesetzten Beiträge noch nicht voll geleistet, so kann es erst nach Leistung der restlichen Beiträge im neuen Verband Invalidenunterstützung erhalten. Durch Gegenseitigkeits- oder Kartellverträge können die Einzelverbände eine von dieser Regel abweichende Regelung vereinbaren. Ueber-tretende, die bereits früher dem gleichen Verbands mit Invalidenunterstützung angehört, zu dem der Rücktritt erfolgt, erhalten zumindest die Zahl der in diesem Verbands geleisteten Beiträge auf die satzungsmäßige Wartezeit angerechnet. — 6. Nach-schuß hat derjenige Verband zu bezahlen, in dem das betroffene Mitglied organisiert war, als die Ursache des Nachschußes eintrat. — 7. Invalide, kranke, arbeitslose oder an einer Arbeitseinstellung beteiligte Mitglieder sind vom Uebertritt ausgeschlossen. Mitglieder der Unionen, Werkvereine und gelben Verbände sind als Neueintretende zu behandeln. Im Zweifelsfall entscheidet über den Charakter solcher Organisationen und die Notwendigkeit einer Ausnahme der Verbandsvorsitzend. — 8. Die Zugehörigkeit zu zwei gewerkschaftlichen Organisationen berechtigt nicht zum Doppelbezug von Unterstützungen. Dem Mitglied steht es frei, diejenige Organisation zu wählen, von welcher er Unterstützung in Anspruch nehmen will. — An Doppelorganisierte, die den für ihren Haupt- und Nebenberuf zuständigen Gewerkschaften angehören, werden Nachschuß und Unterstützungen bei Streiks und Mißregelungen nur von der Organisation gewährt, deren Interessen sie in dem fraglichen Falle vertreten.

Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke 1928

Die Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke veröffentlicht ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1928. Die Zahlen und Angaben dieses Berichtes sind in mehr als einer Beziehung interessant. Sie geben nicht nur Aufschluß über die Zahl der versicherten Betriebe und der darin beschäftigten Arbeitnehmer, sondern auch über die Betriebs-sicherheit und Unfallhäufigkeit in den versicherten Betrieben. Die Genossenschaft, die sich über das gesamte Reichsgebiet erstreckt, zerfällt in elf Sektionen, die bestimmte einzelne Gebietsteile umfassen.

Der Genossenschaft gehörten im Berichtsjahr 4267 Betriebe an. Im Vorjahr waren es nur 3909. Es ist demnach eine Steigerung der versicherten Betriebe um 358 eingetreten. Die neu hinzugekommenen Betriebe verteilen sich auf 3 Steinkohlenwerke, 32 Gaswerke ohne Gaserzeugung, 337 Wasserwerke und 10 Kanalisationswerke. Die Gesamtzahl der versicherten Arbeitnehmer stieg von 82 397 im Jahre 1927 auf 82 700 im Berichtsjahr. Diese Steigerung um 303 Arbeitnehmer macht 0,37 Proz. aus. Im vergangenen Jahr (1927) betrug die Zunahme der versicherten Arbeitnehmer 3,23 Proz. Auf einen Betrieb entfielen im Jahre 1927 durchschnittlich 21,08 Arbeitnehmer, im Jahre 1928 dagegen 19,38. Es macht sich hier leider wieder die bekannte Tatsache geltend, daß eine Vermehrung der Betriebe nicht gleichbedeutend ist mit einer Vermehrung der beschäftigten Arbeitnehmer. Verteilt auf die Betriebsart waren versichert: 992 Steinkohlengaswerke, 40 Oelgaswerke, 2 Acetylen-gaswerke, 1 Luftgaswerk, 4 Wassergaswerke, 250 Gaswerke ohne Gaserzeugung, 2558 Wasserwerke mit Motoren, 244 Wasserwerke ohne Motoren, 176 Kanalisationswerke, zusammen 4267 Betriebe.

Zu diesen Betrieben kommen noch 739 Nebenbetriebe und zwar: 38 Kanalisationswerke ohne Motoren, 457 elektrische Betriebe und 244 sonstige Betriebe. Die Anzahl der versicherten 82 700 Dollarbeiter verteilt sich wie folgt auf die einzelnen Betriebsarten: 58 052 in Gaswerken, 19 756 in Wasserwerken und 4892 in Kanalisationswerken. Interessant ist auch die Verteilung der versicherten Betriebe nach ihrer Größe bzw. nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer. Es wurden gezählt Betriebe unter 10 Dollarbeitern 3257, mit 10 bis 49 Dollarbeitern 767, mit 50 bis 99 Dollarbeitern 127, 100 und mehr Dollarbeitern 136.

Es ergibt sich daraus, daß kleinere Betriebe immer noch vorherrschend sind. Die Gesamtsumme der durch die Versicherten verdienten Löhne betrug im Berichtsjahr insgesamt 220 379 847 Mk. Von besonderem Interesse sind die Ausgaben der Genossenschaft. Diese verteilen sich auf: Entschädigungen 2 031 316, 63 Mk., Zuschlag zur Rücklage 81 314,82 Mk., Unfallverhütung 113 497,47 Mk., Kosten für Rechtsgang 67 753,49 Mk., Verwaltungskosten 278 822,97 Mk., zusammen 2 572 705,38 Mk.

Der Gesamtbedarf der Genossenschaft und der Sektionen an Mitteln für 1928 beträgt 2 697 525,95 Mk. Auf je 100 Mk. ge-

zahlten Lohn kommt eine Umlage von 1,22 Mk. Im Vorjahr kam auf die gleiche Lohnsumme ein Durchschnittsbeitrag von 1,43 Mk. Insgesamt entfallen auf die Entschädigungen 83,02 Proz., auf die Unfallverhütung 4,64 Proz. und auf die Verwaltungskosten ufw. 12,34 Proz. der Ausgaben. Auch die Gas- und Wasserwerksberufsgenossenschaft nahm wie alle übrigen Berufsgenossenschaften Prüfungen der Lohnbücher in den angeschlossenen Betrieben vor. Diese ergaben Beitragsnachforderungen im Betrag von 11 022,66 Mark. (Man müßte eigentlich annehmen, daß gerade bei dieser Genossenschaft, bei der ja meist kommunale Betriebe versichert sind, die Verpflichtungen gegenüber der Sozialversicherung peinlichst eingehalten werden.) Der Buchwert der Rücklage stellt sich am Jahres-schluß auf 463 946,02 Mk.

Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle betrug 9650. Hierunter befanden sich 18 Anzeigen über gewerbliche Berufskrankheiten. Entschädigt wurden im Berichtsjahr erstmalig 401 Unfälle. Die Gesamtzahl der Verletzten und Erkrankten, für die im Berichtsjahr Krankengeld bzw. Rente gezahlt werden mußte, betrug 3753. Unter den im Jahre 1928 erstmalig zu einer Entschädigung geführten 401 Unfällen befanden sich 45 Todesfälle. Im Vorjahr betrug die Zahl der tödlichen Unfälle 41. Entschädigte Wegeunfälle wurden 36 (im Vorjahr 27) gezählt. Von diesen verließen 7 (1) tödlich. Die Genossenschaft schreibt in ihrem Bericht hierüber: „Diese Zusammenstellung ergibt wiederum mit erschreckender Deutlichkeit das fortschreitende Ansteigen der Wegeunfälle. Im Gegensatz zu den Wegeunfällen zeigen die entschädigten Betriebsunfälle eine deutliche und überaus erfreuliche absteigende Richtung.“ Mit dieser Meinung schließt sich die Genossenschaft den übrigen Versicherungsträgern an, die restlos ebenfalls über die Zunahme der Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle klagen.

Die Gesamtzahl der von der Genossenschaft erteilten Bescheide über Renten an die Versicherten betrug 1485. Interessant sind die Zahlen über die von den Versicherten eingelegten Rechtsmittel und deren Erfolge. Die Gesamtzahl der vor den Oberversicherungsämtern anhängig gewesenen Berufungen gegen die Rentenbescheide der Genossenschaft betrug 613. Diese fanden wie folgt ihre Erledigung: zurückgewiesen 258, Erfolg hatten 72, anderweit erledigt wurden 92, unerledigt blieben 191.

Von den 92 anderweit erledigten Berufungen sind 50 von den Verletzten zurückgezogen worden. Rekurse (Rechtsmittel beim Reichsversicherungsamt) fanden im Jahre 1928 zusammen 68 ihre Erledigung. Von diesen sind nicht weniger als 61 ohne jede Einschränkung zugunsten der Genossenschaft erledigt worden. Man sieht aus diesen Zahlen, daß der Versicherte in einem Rechtsstreit über die Leistungen der Unfallversicherung recht herzlich wenig Aussicht auf Erfolg hat.

Tagung des Hauptbetriebsrates im Bereiche des Reichswehrministeriums am 29. und 30. Oktober 1929

Aus dem Bericht vom Geschäftsführenden Ausschuss war zu ersehen, daß auch in der abgelaufenen Berichtsperiode, Mai Oktober, der HBR. wiederum sehr stark von den Einzelbetriebsvertretungen in Anspruch genommen wurde. Ein Beweis dafür, daß die Schaffung des HBR. notwendig war und dieser seine Existenzberechtigung erwiesen ist. Es konnte aber auch festgestellt werden, daß man auch auf Arbeitgeberseite mit dem Bestehen einer zentralen Arbeitnehmervertretung zu rechnen beginnt. Leider mußte im Bericht das sehr häufige Versagen der örtlichen Betriebsvertretungen bemängelt werden. Dieses Versagen tritt besonders bei Entlassungen von Arbeitskräften in Erscheinung, wodurch es den einzelnen Verwaltungen leicht gemacht wird, Entlassungen über das notwendige Maß hinaus vorzunehmen. Wenn dann nach vorheriger Zustimmung zu den ausgesprochenen Kündigungen der HBR. aufgefordert wird, die Rechte der Gekündigten energisch wahrzunehmen, so seien derartige Aufforderungen zwecklos, sobald das Reichswehrministerium feststellen konnte, daß die örtliche Betriebsvertretung mit der Kündigung einverstanden war. Es müsse von der Anrufung der Arbeitsgerichte vielmehr als bisher Gebrauch gemacht werden, dann würden viele Entlassungen sich als unnötig erweisen. Eine Umstellung in dieser Beziehung sei bei vielen Betriebsvertretungen dringend erforderlich.

Der erste Verhandlungsgegenstand — Schaffung einer Musterarbeitsordnung — konnte noch nicht erledigt werden, weil die Vertreter des RWMIn. bei einzelnen Punkten des vorliegenden Entwurfs noch Änderungen wünschten und diese dem Geschäftsführenden Ausschuss schriftlich überreichen wollen. Die Bereitwilligkeit, für alle Betriebe des RWMIn. — Heer und Marine — in den Grundsätzen einheitliche Arbeitsordnungen zu schaffen, wurde trotzdem zugestanden.

Zur Frage der Wahl gemeinsamer Betriebsvertretungen wurde von den Vertretern des RWMIn. erklärt, daß allen Arbeitnehmern, die in Dienststellen tätig sind, wo entsprechend der Anzahl der Beschäftigten die Bildung einer Betriebsvertretung nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht möglich ist, oder nur ein Obmann gewählt werden kann, das Recht zugestanden wird, durch Anschluß an andere, oder durch Zusammenschluß mehrerer Betriebe einen gemeinsamen Betriebsrat zu wählen, um so den Schutz des § 84 BRG. für sich in Anspruch zu nehmen. Eine Verfügung hierzu soll rechtzeitig veröffentlicht werden, um den Arbeitnehmern, die den Wunsch nach einer gemeinsamen Betriebsvertretung haben, Gelegenheit zu geben, die erforderlichen Vorbereitungen zu treffen.

Die Einführung einer gleichmäßigen Sommer- und Winterarbeitszeit bei den Heeresversorgungsämtern soll nach Ueberwindung technischer Schwierigkeiten und nach erfolgtem Einbau elektrischer Lichtanlagen in den Magazinräumen gleichfalls erfolgen. Berücksichtigt muß hierbei allerdings werden, wieweit die hierfür erforderlichen Mittel bewilligt würden.

Dem Antrag, einheitliche Lohnbescheinigungen und Abrechnungen in allen Rw.-Betrieben einzuführen, wurde ebenfalls von den Vertretern des RWMIn. zugestimmt. Als Muster sollen die kürzlich bei den dem Heereswaffenamt unterstellten Betrieben zur Einführung gelangten Lohnrechnungen dienen. Zu einer ausgiebigen Debatte führten die wiederholt laut gewordenen Klagen über Bevorzugung von Versorgungsanwärtern bei Einstellung von Arbeitskräften. Aus den angeführten Fällen ging hervor, daß bei einzelnen Dienststellen und auch Mittelbehörden offensichtlich Bestrebungen vorhanden sind, Versorgungsanwärter bei Einstellungen und auch bei Höhergruppierungen über den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen hinaus zu berücksichtigen. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß derartige Bestrebungen von Arbeitnehmerseite keinesfalls als gerechtfertigt anerkannt werden könnten, und mit aller Schärfe zurückzuweisen seien. Ein Versorgungsanwärter, der seine Berufsausbildung in der Reichswehr unentgeltlich genießt, dürfe gegenüber den Arbeitnehmern, deren Ausbildung nur unter großen Opfern der Eltern möglich war, keinen Vorzug genießen. Zum mindesten seien die tariflichen Bestimmungen hierbei zu beachten. Von den Vertretern des RWMIn. wurde zugegeben, daß nach den vorgebrachten Klagen zu urteilen, tatsächlich Verstöße bei einigen Dienststellen vorgekommen seien. Es werde aber dafür gesorgt werden, daß die in Betracht kommenden Tarifbestimmungen unter allen Umständen eingehalten werden. Vor allen Dingen dürfen keine Entlassungen von Arbeitern und Angestellten erfolgen zu dem Zweck, Versorgungsanwärter dafür einzustellen. Es wurden sodann noch Klagen darüber geführt, daß bei allen Sparmassnahmen immer zuerst die Arbeiter die Leidtragenden seien, dadurch daß sie entweder entlassen werden, wodurch alle erworbenen Rechte verloren gehen, oder es tritt Kurzarbeit ein.

Bei Dergebung von Aufträgen werde immer noch die Privatindustrie stark berücksichtigt. Die Folge davon sei, Leerlauf und Unrentabilität der eigenen Betriebe, wodurch naturgemäß eine starke Uebertreibung der Produkte eintritt. Die Vertreter des RWMIn. vertreten die Ansicht, daß gegen Anordnungen des Reichs- sparkommissars das Reichswehrministerium machtlos sei. Die Heranziehung der Privatindustrie sei nicht ganz zu vermeiden, weil die Reichswehrbetriebe zur Anfertigung aller Arbeiten technisch nicht genügend eingerichtet wären.

Befragungen über noch bestehende Streitfragen über die neuen Tarifbestimmungen, Zusatzversorgungskasse usw. beschlossen die Tagung.

Schaffet uns vernünftige Menschen, fähig, den eifren Glanz des barbarischen Ruhmes mit Füßen zu treten und den blutigen Bestrebungen der Nationalismen und Imperialismen zu widerstehen, durch die ihre Väter verdorben wurden. Keine industriellen Rivalitäten mehr, keine Kriege: Arbeit und Frieden! Anatole France.

Der Prellbock



elangweilt blickte Walter Dohm von seinem Kästg am Fenster auf die Landschaft hinaus, durch die der Zug dahinjagte. Seit zwei Stunden schon saß er in diesem hölzernen Kästg und noch weitere sechs Stunden Fahrt standen ihm bevor. Draußen glitten die Telegraphenstangen hastig und in rascher Folge am Fenster vorüber. Und die Drähte zogen bald nach oben, bald nach unten schräge dahin und glänzten in der Nachmittagssonne, die über der Landschaft stand. Mechanisch und einem Zuge folgend zählte Walter Dohm, um die Intervallen zu messen, die der Zug brauchte, um die Entfernung einer Telegraphenstange zur anderen zurückzulegen. „Eins, zwei, drei.“ Wieder eine! „Eins, zwei, drei.“ Wieder eine! Aergerlich über sich selbst, daß er sich einer so überflüssigen und lächerlichen Beschäftigung hingeeben, versuchte er etwas Vernünftiges zu denken. Aber immer wieder zogen die Telegraphenstangen seine Blicke an und er mußte wieder zählen: „Eins, zwei, drei.“ Wieder eine! „Eins, zwei, drei.“ —

Dann kam eine Station, die der Schnellzug geringschätzig durchkaste. Das Stationsgebäude und der Güterschuppen tauchten auf und verschwanden und neben dem Hauptgleise lief eine Weite ein Nebengleis, das schließlich außerhalb der Station endete und von einem Prellbock abgeschlossen wurde. Den Bruchteil einer

Sekunde nur hatte Walter den Prellbock gesehen: wie die Schienen sich plötzlich aufwärts bogen und in Manneshöhe durch einen dicken Balken miteinander verbunden endeten. Zwischen den Schienen des Nebengleises wucherte das Gras, Löwenzahn, Butterblumen, Tulpen und Gänseblümchen leuchteten aus dem grünen Gras hervor, das besonders um den Prellbock herum üppig wucherte.

Die Station und der Prellbock lagen schon viele Kilometer zurück und auch die folgende Station hatte der Zug schon längst hinter sich gelassen. Walter sah aber noch immer das längst verschwundene Bild vor seinen Augen und fühlte, wie leise und zaghaft längstvergessen geglaubte Erinnerungen in ihm wach wurden. Erinnerungen an die Tage der frühesten Kindheit und ihre Spiele, in deren Mittelpunkt ein Prellbock stand. Walter lächelte vor sich hin, wie oft hatte er in seinem Leben auf hunderten Fahrten solche Prellböcke gesehen und war achlos an ihnen vorbeigefahren. Und jetzt, dieser e i n e ruft ihm längstvergessene Erinnerungen wach!

Der reife Mann sieht sich im Geiste als fünfjährigen Jungen im Kreise seiner Spielkameraden und -kamerabinnen, wie sie im hohen Gras, das um den Prellbock wucherte, spielten, Gänseblumen, Tulpen, Kamillen und Löwenzahn pflückten. Und wie er mit den anderen Jungen auf dem Prellbocke herumturnte und bestrebt war, sie an Wagemut zu übertreffen, um die Bewunderung der Mädchen zu erregen. Er sieht die lange und trostlos graue Mauer der Fabrik zum Greifen deutlich wieder vor sich und auch die hohen Schornsteine, die hinter ihr emporragten. Die staubige

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die größten Konsumvereine Deutschlands. Die konsumgenossenschaftliche Macht strahlt naturgemäß am sichtbarsten dort aus, wo zusammengeballte Menschenmassen wohnen. So ist es denn auch kein Wunder, daß in den großen Städten die größten Konsumvereine sind. Jedoch hat die Umsatzhöhe dieser Konsumvereine nicht die gleiche Reihenfolge wie die Größenordnung der Städte. Vor dem Kriege hatten die beiden Konsumgenossenschaften Leipzig und Dresden die höchsten Umsätze. Die Umsätze der fünf größten Konsumvereine im Geschäftsjahr 1913/14 waren (in Millionen Mark): Hamburg 23,5, Berlin 17,3, Dresden 25,4, Leipzig 27,1, Essen 15,1. Im Geschäftsjahr 1928/29 hatten die Umsätze folgende Millionenziffern erreicht: Hamburg 82,5, Berlin 63,2, Dresden 56,9, Leipzig 45,4 und Essen 32,3. Wenn der Umsatz im letzten Friedensjahr gleich 100 gesetzt wird, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

Konsumgenossenschaften	1913/14	1924/25	1925/26	1926/27	1927/28	1928/29
Hamburg	100	165	209	250	304	351
Berlin	100	160	190	234	301	394
Dresden	100	78	108	148	187	224
Leipzig	100	70	81	101	140	167
Essen	100	122	140	156	184	213

Diese Aufstellung zeigt, wie mühselig die Konsumgenossenschaften sich aus den mißlichen Inflationsverhältnissen emporarbeiten mußten. Desto größer ist die Freude, wenn man sich die Entwicklung in den letzten Jahren ansieht. Am besten hat sich Berlin entwickelt. Dann folgt Hamburg, ferner Dresden usw. So groß auch diese Genossenschaften sind, dennoch haben sie noch lange nicht den größten Teil der Verbraucher erfaßt. Es ist Aufgabe jedes fortschrittlichen Lohn- und Gehaltsempfängers, für die weitere Stärkung der Genossenschaften tätig zu sein.

Gas, Wasser, Elektrizität

Ein Landesverband für Gruppengasversorgung in Bayern. Die Voraussetzungen für die Ausdehnung der Gasversorgung sind in Bayern ganz anders gelagert als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Bayern hat wesentlich weniger städtische Siedlungen und auch diese liegen räumlich weit auseinander. Häufig fehlen an den Verbindungsstellen volkreiche Gemeinwesen. Das flache Land scheidet für die Gasversorgung in der Regel aus. Dazu kommt in Bayern der Reichtum an Wasserkraften und damit für die Zukunft das Ueberwiegen der Elektrizität, besonders in den wenig dicht besiedelten ländlichen Gemeinden. Eine Großgasversorgungsanlage erscheint deshalb für Bayern nicht rentabel. Dagegen kommt für die Städte mit ihrer Umgebung nach den jetzigen Verhältnissen die Gruppengasversorgung in Frage. Diese muß aber planmäßig und nach Ausschöpfung von Interessengebieten angelegt werden, damit unwirtschaftliche oder entbehrliche Ausgaben vermieden werden. In dieser Erkenntnis hat der Bayerische Städtebund seit zwei Jahren an dem Zusammenfluß der bayerischen Städte zu einem Landesverband für Gasversorgung gearbeitet. Die Vorarbeiten wurden hauptsächlich vom Wirtschaftsausschuß des Städtebundes für technische Fragen, dem Verein der

bayerischen Gas- und Wasserfachmänner und von der Geschäftsstelle des Bayerischen Städtebundes geleitet. Am 9. November d. J. fand in München die Gründungsversammlung des Landesverbandes bayerischer Gaswerke r. d. Rh. statt. Dem Verband können sowohl Gemeinden mit eigenen Gaswerken oder selbständigem Gasvertrieb wie auch Gemeinden, die mit Fremdgas ohne selbständigen Gasvertrieb versorgt werden, und auch private Gaswerke beitreten. Der Verband umfaßt bis jetzt folgende 38 Gemeinden: München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Regensburg, Fürth, Erlangen, Passau, Hof, Bayreuth, Landshut, Koburg, Ansbach, Kempten, Passau, Straubing, Rosenheim, Memmingen, Kulmbach, Schwabach, Weixenbach, Neumarkt (Opf.), Marktredwitz, Gunzenhausen, Lichtenfels, Schwarzenbach a. S., Neustadt bei Koburg, Treuttlingen, Forchheim, Kaufbeuren, Rothenburg (o. T.), Dinkelsbühl, Nördlingen, Neustadt a. R., Wasserburg a. T., Auerbach (Opf.), Naila und Aichbach. Damit sind bereits 90 Proz. der gesamten Gasabgabe im rechtsrheinischen Bayern erfaßt. Die Geschäfte des Verbandes werden vorerst durch den ersten Vorsitzenden, Direktor Kammere (Würzburg) erledigt. Als Beiträge wurden durch die Versammlung festgesetzt: Eine einmalige Aufnahmegebühr von 2 Mark und ein Mitgliedsbeitrag bis zum 31. März 1930 von 1 Mark pro 1000 Einwohner der von dem einzelnen Mitglied mit Gas versorgten Gemeinde. Gasabnehmende Gemeinden haben den gleichen Beitrag zu leisten. Hauptaufgabe des Verbandes ist die Aufstellung eines Gasversorgungsplanes für die in Bayern geplante Gruppengasversorgung.

Verkehrsbetriebe

Ist die Strombremse der Straßenbahnen gemeingefährlich? Vor dem Landgericht Berlin I kam vor einiger Zeit ein interessanter Prozeß, der unsere Straßenbahnmitglieder stark interessieren dürfte, zur Verhandlung. Ein Rechtsanwalt hatte die elektrische Strombremse der Straßenbahn als gemeingefährlich bezeichnet. Gegen diese Behauptung strengte die Berliner Straßenbahn gegen den Rechtsanwalt Klage auf Unterlassung solcher Behauptungen an. In der ersten Instanz wurde die Klage kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht ließ in seinen Entscheidungsgründen erkennen, daß die durch Ersparnisgründe beseitigte ehemalige Luftdruckbremse entschieden wirksamer gewesen sei, als die nachher eingeführte Strombremse. Weiter jagt das Urteil, daß bei einem plötzlichen Hindernis auf der Fahrbahn, der Führer häufig nicht in der Lage sei, mit ruhiger Ueberlegung die richtige serienweise Einschaltung für die Bremse vorzunehmen. In der Erregung sei diese Einschaltung öfters zu schnell, so daß der Bremsvorgang an sich vollständig wirkungslos verlaufen würde. Sehr interessant ist nun, daß die Direktion der BVG. im letzten Augenblick ihre Berufung gegen dieses Urteil zurückzog und den Prozeß durch einen Vergleich beendete. Für die Straßenbahner ergibt sich nun aus dieser eigentümlichen Situation die Notwendigkeit, im eigenen Interesse die Sache weiter zu verfolgen. Ist das Urteil der ersten Instanz richtig, so steht fest, daß die elektrische Strombremse für Publikum und Fahrer gefährlich ist, und dementsprechend müssen geeignete Schritte zur Abänderung unternommen werden.

Rentabilität der Omnibusse. Die Wiesbadener Omnibusgesellschaft, die bekanntlich in städtischer Regie geführt wird, veröffentlicht ihren ersten Halbjahresbericht. Daraus ergibt sich, daß ein Reingewinn von 200 000 Mk. erzielt worden ist. Es wäre nun verfrüht, Jubellieder anzustimmen darüber, daß in Wiesbaden der

Straße, auf welcher hohe, nach oben ausladende Kohlenwagen von starken Pferden gezogen, daher kamen, um von dem Stockgleise die Kohle von den Eisenbahnwagen in die Fabrik zu bringen. Ein Stacheldrahtzaun trennte die Anlage des Stockgleises von der Straße. Aber bei einiger Vorsicht und Uebung ließ es sich leicht zwischen den gespannten Stacheldrähten hindurchschlüpfen. Zumal die Männer, die die Kohle aus den Eisenbahnwaggons auf die Pferdewagen umluden, nichts dagegen hatten. Am schönsten aber war es an den langen Sommerabenden, wenn die Kohlenabläder Feierabend gemacht hatten. Dann konnte man auch auf die Waggons klettern, in die Bremsstützen hineingehen. Heil war das ein Vergnügen für die Buben, hoch oben in der Bremsstütze zu sitzen und in der Einbildung weite Reisen mit der Bahn zu machen. Die Bremsen wurden auf- und wieder zueudreht, Signale gegeben, „Abfahrt!“ gerufen und, von der kindlichen Phantasie bewegt, jagten die Eisenbahnwagen dahin und verwandelten sich die schmutzigen Kohlenwaggons in Personenwagen mit blinkenden Fenstern und funkelnden Griffen und Stangen. An solchen Abenden war eine Reise nach Amerika und zurück eine Kleinigkeit. Manchmal gab es freilich Zank und Streit unter den Buben, wenn keiner nachgeben und jeder von ihnen der Lokomotivführer sein wollte. Dann gab es Puffe und Schläge und die Mädchen kamen auf diese Art gar oft um die „Reise nach Amerika“. Denn sie waren ja die „Fahrgäste“.

Manchmal nahm eine solche Reise auch ein jähes, wenn auch stets zu gewärtigendes Ende. Das geschah aber nur dann, wenn der Bahnwärter daherkam, um die Kinder zu vertreiben. Mit aller Deutlichkeit fühlt Walter noch den Schreck, den er damals erlebte, als er in der Bremsstütze, hoch oben sitzend, den Wächter erst gewahrte, als es schon zu spät und die anderen Jungen längst geflüchtet waren. In seiner Angst vor dem Wächter war er so schnell, daß er einen Tritt verfehlte und zwischen die Puffer auf die Erde fiel, von wo ihn der Wärter aufhob, auf die Beine stellte und ihn dann, nachdem er ihm das Blut notdürftig abgewischt hatte, nach Hause schickte. Die Mutter war damals nicht wenig erschrocken und schalt noch mehr als damals, als er sich an den Oelbüchsen der Räder der Eisenbahnwagen die Kleider gründlich beschmiert hatte, und ein anderes Mal, als er an den dicken, staub- und rostbelegten Achsen unter den Kohlenwaggons Bauchwellen ausgeführt hatte und arg beschmutzt nach Hause kam.

In seine Erinnerungen versunken, glaubt Walter deutlich den Geruch des Oels und der Farbe wahrzunehmen, der von den Kohlenwagen ausging. Und er sieht die Jungen und die Mädchen leibhaftig vor sich, mit denen er vor fünfunddreißig Jahren „Eisenbahn“ gespielt hat. Den flinken und dreisten Karl, den rohnähtigen Emil, der bei jeder Kleinigkeit nach seiner Mutter rief, den selbstbessigen Friß, die braunhaarige Steffel, die blonde Marie. Was mag aus ihnen geworden sein?

Beweis erbracht worden sei, daß die Omnibusbetriebe rentabler seien als Straßenbahnbetriebe. Bei der Bewertung des an sich erfreulichen Resultates darf nicht vergessen werden, daß die Bevölkerung jeder Großstadt sich diese Preistaffelung, wie sie in der Bäderstadt Wiesbaden besteht, nicht gefallen lassen würde. Im Gegensatz zu dem häufigsten Preis, der heute in Deutschland von Straßenbahn erhoben wird, und der im Durchschnitt für die Einheitsstrecke 20 bis 25 Pf. beträgt, geht der Staffelpreis in Wiesbaden bis zu 60 Pf. Dieser Preis ist nur hereinzubringen durch das zahlreiche gutsituierte Bäderpublikum. Weiter ist auch heute schon darauf hinzuweisen, daß die Lebensdauer der Automobusse im höchsten Falle 8 Jahre betragen dürfte, wenn nicht in Wiesbaden durch das bergige Gelände die Lebensdauer noch weiter verkürzt wird. Als weiterer Faktor kommt in Frage, daß jedenfalls größere Mittel für Straßenbau aufgewendet werden müssen. Es wird also erst in einigen Jahren endgültig das Urteil zu fällen sein, ob die Stadt Wiesbaden mit der Beseitigung der Straßenbahn einen guten Griff getan hat, vorläufig dürften die übrigen Großstädte sich einer abwartenden Haltung befleißigen.

Ka. Ho.

Theaterarbeiter

Theaterkrise und kein Ende. Die Befürchtung, daß weitere Einschränkungen der Theater drohen, hat sich leider als zutreffend herausgestellt. Der Mannheimer Stadtrat hat den Etat des Nationaltheaters zum zweitenmal abgelehnt, nachdem die Stadtverwaltung neue Sparvorschläge gemacht hat. Das Ergebnis der Ablehnung ist zunächst, daß dem Bürgerausschuß zunächst kein Finanzvorschlag zugestellt werden kann, und daß infolgedessen die Weiterführung des Nationaltheaters in Frage gestellt ist. Für das deutsche Kulturleben würde die Schließung des Mannheimer Nationaltheaters einen außerordentlichen Verlust bedeuten, da es auf eine bedeutungsvolle Vergangenheit zurückblicken kann, und auch bis zum letzten Jahre sich als künstlerisch wertvoll erwiesen hat. Die Auswirkung des Beschlusses der Stadtverordneten zeigt sich jetzt schon, da die wertvollsten Kräfte Verträge mit anderen großen Theatern abgeschlossen haben, so daß selbst nach Klärung des Konfliktes künstlerisch ein Manko eintreten wird. Zu diesen wirtschaftlich unerfreulichen Dingen kommt noch, daß unter Führung des Zentrums die Zensur verschärft und der Spielplan der Mannheimer Bühne von den sogenannten Zeistücken freigehalten werden soll. Die Zensur soll ausgeübt werden durch den Theaterausschuß, der aus dem Oberbürgermeister, dem städtischen Theaterdezernenten und zehn weiteren Mitgliedern bestehen soll. Ob ein künstlerisch höchstehender Intendant unter dieser Beeinflussung arbeiten wird, und ob das Mannheimer Theater unter diesen Umständen, wenn es weiter geführt wird, seinen alten künstlerischen Ruhm halten kann, waagen wir zu bewerten. Gleichzeitig setzt unter Führung des Zentrums mit Unterstützung der protestantischen Kirche eine gleiche Heße gegen das Badische Landes-theater in Karlsruhe ein. Grund ist Aufführung des Stückes „Krankheit der Jugend“. Hier geht man so weit, daß die katholischen Jugendbünde eine Versammlung einberufen zum Protest gegen den Spielplan. Diese Aktion wird unterstützt durch eine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei beim Kultusministerium, die den Zweck hat, den Spielplan von modernen Stücken zu säubern. Nicht allein, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Führung der Theater fast unmöglich machen, sorgen auch noch weite

Kreise der Bevölkerung dafür, daß die einzigste Möglichkeit, das Theater zu sanieren, indem man dem jungen und zeitgemäßen Dichter die Bühne zur Verfügung stellt, um so ein lebendiges Theater zu erzielen, unmöglich gemacht werden. Wir nehmen kaum an, daß die katholischen Jugendbünde, die jetzt gegen diese wertvollen Theaterstücke protestieren, auch nur in ihrer Minderzahl Besucher des Badischen Landestheaters gewesen sind. — Aus dem Westen erhalten wir ebenfalls ungünstige Nachrichten, da die Fortführung der Essener Bühne in Frage gestellt ist. Hier wird wohl die einzigste Möglichkeit bestehen, Hand in Hand mit den Besucherorganisationen zu arbeiten, damit durch regelmäßigen Besuch der Vorstellung die Theaterfreudigkeit gehoben wird, und die große Industriestadt Essen im Besitze ihres Theaters bleibt. K. H.

Aus unserer Bewegung

Brandenburg-Grenzmark. Die Bezirkskonferenz am 1. Dezember im Brandenburger Volkshaus war mit 137 Delegierten besetzt. 80 Delegierte stellten der bisherige Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 47 Delegierte der bisherige Deutsche Verkehrs- und 10 Delegierte der bisherige Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Außerdem waren 16 Mitglieder der Bezirksvorstände der genannten Verbände anwesend und 10 Gäste aus verschiedenen Filialen. Als Vertreter des Verbandsvorstandes waren die Kollegen Schulz und Döring erschienen, für die Gruppe Wasserbau und Binnenschiffer Kollege Wolfram. Der Magistrat der Stadt Brandenburg war durch Stadtschreiber Dr. Weiße vertreten. Der Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte den Kollegen Dollmerhaus entsandt, der Ortsausschuß des ADGB die Kollegen Wiesner und Witt. Die Konferenz wurde durch zwei ausgezeichnete Vorträge des Arbeiterjüngerkors „Vorwärts“ eingeleitet. Kollege Geber begrüßte die Erschienenen und erteilte danach dem Kollegen Schulz das Wort zu seinem Referat über: „Unsere Tarifverträge“. Zwei Tabellen, die das Vorgetragene gut veranschaulichten, lagen den Delegierten im Umdruck vor. Dieses Referat wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. — Kollege Scheibel machte dann nähere Ausführungen zur neuen Filialaufstellung, die den Delegierten ebenfalls vorlag, sowie zur notwendigen verbenden Errichtung von Zweigstellen des Bezirksbüros und zur neuen Arbeitseinteilung im Bezirksbüro selbst. Bei dieser Neuaufrichtung haben wir uns in erster Linie von dem Gedanken leiten lassen, eine Garantie dafür zu haben, daß durch die Neueinteilung die einfachste und beste Betreuung der Mitglieder gewährleistet wird. Verschiedene Gruppen, so die Wasserbauarbeiter, Chauffeure, Post und Kleinbahnen, werden einer besonderen Bearbeitung bedürfen. Zu diesem Punkt der Tagesordnung lag ein Antrag der Niederlausitzer Filialen vor, der dadurch erledigt wurde, daß die Vorlage der Bezirksvorstände mit überreicher Mehrheit angenommen wurde. Danach wird der Bezirk zusammen 91 Filialen zählen. — Als Mitglieder des Bezirksvorstandes wurden, nach dem Vorschlag der bisherigen Bezirksvorstände, gewählt die Kollegen Kalz-Spremberg, Förster-Brandenburg a. d. H., Spieth-Kummerdorf, Matebus-Potsdam, Heinrich-Fürstenwalde a. d. Spree, Sasse-Bernau, Brust-Berlin-Buckow; als Mitglieder des Verbandsbeirats die Kollegen Böhm-Nowawes und Philipp-Maren. Nach Erledigung der Tagesordnung verabschiedete sich Kollege Scheibel, der im Verbandsvorstand die Gruppe

Der Zug hielt. Walter fuhr aus seinen Gedanken empor und sah nach der Uhr. Wie rasch doch jetzt die Zeit verfliegen war! Als sich der Zug wieder in Bewegung setzte, mußte Walter aber immer wieder zurückdenken an jene Tage der Kindheit. Immer lebhafter steigen die Erinnerungen in ihm auf. Er sah die blutüberströmte Leiche des kleinen Alois, der beim Rangieren der leeren Kohlenwagen überfahren worden war und bald darauf starb. Und eines Tages erzählte man, daß sich der Bahnwächter an dem Pressbock erhängt hatte.

Zwei Tage später stieg Walter Dohm auf dem Bahnhof seiner Heimatstadt aus. Sein ursprüngliches Reiseziel war nicht weit davon entfernt und so hatte er unter dem Eindruck der in ihm rege gewordenen Erinnerungen an seine Kindheit beschlossen, einen Abstecher hierher zu machen. Er hatte zwar niemanden hier, weder Verwandte noch Bekannte. Aber es zog ihn dennoch an die Stätte seiner Kindheit zurück, die er vor fünfundsiebenzig Jahren verlassen hatte. Wie merkwürdig es in dieser Stadt roch! Dann erinnerte er sich, daß dicht neben der Stadt und in sie fast hineinragend die große chemische Fabrik ist. An ihr mußte er ja entlang, um den Ort seiner Kinderspiele und Erinnerungen zu erreichen. Als er die Straße betrat, rollte eine elektrische Bahn heran. Also konnte er fahren! Diese Straße hatte sich, von der inzwischen erbauten Straßenbahn abgesehen, gar nicht verändert. Auf der einen Seite der hohe Bahndamm, auf der anderen die fast

endlose Anlage der chemischen Fabrik. Dann kam das Wächterhaus, wo der Bahnwächter wohnte. Es sah auch noch so aus, wie es damals war. Auch das Nebengleise, das sich vom hohen Bahndamm abzweigend zur Straße hinablenkte, lief hinter dem Wächterhause dahin. Walter stieg aus und legte die wenigen Meter zu Fuß zurück. Aber er fand nicht, was er suchte. Es war ihm, als sei er in eine fremde Gegend gekommen. Wäre nicht die graue, lange Mauer gewesen, hinter der die hohen Schornsteine emporragten, wie schon vor dreißig Jahren, er hätte sicher geglaubt, sich gegangen zu sein. Denn statt des Zaunes von Stacheldraht sah sich eine trostlos graue Mauer dahin. Und hinter ihr das Nebengleise. Aber es endete nicht in einen Pressbock, sondern zog weiter dahin. Geradeaus weiter und über jene Stelle, wo einst einige Mietkasernen standen, von denen die eine Walters „Wächterhaus“ war. Sie waren niedergerissen worden und das Industriegleise führte jetzt geradeswegs durch das grellrot gestrichene Tor einer Fabrik. Nichts, aber auch nichts war mehr geblieben von der Stätte, die Walter aussuchen wollte. Unschlüssig und enttäuscht sah er sich um. Ein Straßenbahnwagen kam von draußen her stadtwärts gefahren. Walter stieg ein und fuhr der Stadt zu, die ihm nun noch fremder schien als zuvor. Und mit dem nächsten Zuge verließ er sie. Heinrich Hölck.

„Kammereibetriebe“ übernehmen wird, und sein Nachfolger in der Bezirksleitung, Kollege Schmejer-Frankfurt a. M., richtete einige Worte an die Delegierten, in der er der Hoffnung auf ein gutes und gedeihliches Zusammenarbeiten zum Wohl des Ganzen Ausdruck gab. Kollege Gebert gab zum Schluß einen kurzen Ueberblick über die Tagung mit ihren wichtigen Beratungen, die in gewohnter Weise im Geist der Kameradschaftlichkeit und Brüderlichkeit geführt worden sind. Mit einem Hoch auf den Gesamtverband und die internationale Gewerkschaftsbewegung fand die eindrucksvolle Konferenz ihr Ende.

Nürnberg. Der Bezirk Nordbayern des Gesamt-Verbandes hielt seine erste gemeinsame Bezirkskonferenz, die mit 138 Delegierten und Gästen besetzt war, am 24. November in Nürnberg ab. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes, Fromm und Orlopp (Berlin), klärten die Delegierten durch instruktive Vorträge über Aufgaben und Aufbau des Gesamt-Verbandes auf und zeichneten damit den Weg, der beschritten werden muß, um der geschaffenen Großorganisation die notwendige Einwirkung auf die Löhne und sozialpolitischen Belange zu geben. — Gauleiter Maar-Nürnberg gab in seinen mit Beifall aufgenommenen Ausführungen den Funktionären und Mitgliedern Richtlinien bekannt, die eingehalten werden müssen, um den Zusammenschluß bis zum 1. Januar 1930 in geordnete Bahnen zu leiten. — Lebhaft begrüßt wurden die Vertreter der mit der Verschmelzung dem Bezirk Nordbayern einverleibten Ortsverwaltungen Koburg mit Neustadt b. Koburg und Achaffenburg. — Die Diskussion über die drei Referate legte Zeugnis ab von einer impulsiven Anteilnahme der Delegierten an dem systematischen Aufstieg der freien Gewerkschaftsbewegung und von der Notwendigkeit der Zentralisierung zum Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung der arbeitenden Masse. — Scharfe Auseinandersetzungen ergaben sich über die Besetzung des neuen Bezirksausschusses. Die Gründe zu diesen Meinungsverschiedenheiten sind im Kern gesund; in ihnen spiegelt sich Arbeitsfreudigkeit und Pflichtgefühl zur Mitarbeit am großen Werk. Vor allem wurde bei der Zusammensetzung der Bezirksleitung die Parität gewahrt. Die Leitung wurde einmütig in die Hände der bisherigen Gau- bzw. Bezirksleiter Maar und Schmidt gelegt. Die Kasse wird dem Kollegen Kemmer übergeben, als Schriftführer wurde Kollege Wolf bestimmt. Bei den weiteren sechs Beisitzern, von denen drei und drei dem Deutschen Verkehrsband und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören, wurde auch die Betriebsratsvertretung berücksichtigt. Außerdem wurde die Vertretung des Gärtnerverbandes berücksichtigt. Für den Verbandsbeirat und die verschiedenen Lohnkalkulationskommissionen wurden im allgemeinen die bisher tätig gewesenen Kollegen wieder vorgeschlagen und einstimmig gewählt. — Für Hof läßt sich die Ortsgruppenverwaltung und die Besetzung mit einem Angestellten nicht umgehen. Dagegen war man sich nach den Darlegungen der Mitglieder des Verbandsvorstandes darüber einig, daß mit der Anstellung weiterer Beamten abgewartet wird, bis ein allgemeiner Ueberblick über die Verwendbarkeit der vorhandenen Angestellten gewonnen ist. — Die Schaffung des Gesamt-Verbandes wurde als ein Meilenstein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet. Ein freundliches Echo löste die Mitteilung aus, daß der Name des neuen Gesamt-Verbandes mit der Zahl 700 000 mit starken Lettern die Räume der Arbeiterkulturwoche Nürnberg ziert. Die Konferenz wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Blühen und Gedeihen der neuen Organisation geschlossen.

Schlesien. Die Konferenz tagte am 1. Dezember im Breslauer Gewerkschaftshaus. Als Gäste waren unter anderem anwesend: Eaver Kohl als Vertreter des Bezirksausschusses des ADGB, Spinatke als Vertreter des Bezirksausschusses des ADB, Krause als Vertreter des Verbandes Deutscher Berufsfeuerwehrmänner. Als Vertreter des Verbandsvorstandes nahmen teil der Vorsitzende, Kollege Schumann-Berlin, und der Redakteur, Kollege Dittmer. Ueber den Zusammenschluß der drei Verbände berichtete Kollege Dittmer. Er gab einen interessanten geschichtlichen Abriss der Entwicklung der drei Verbände und schilderte die Vorgeschichte der Verschmelzung. Dann ging er näher auf die innerorganisatorischen Fragen ein; er streifte die Beitragsfrage, die Presse und die Bildungsarbeit für Funktionäre. Unsere Presse wird und muß auch im größeren Rahmen versuchen, die Vereinheitlichung der Willensrichtung in den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Zielen der Gewerkschaftsbewegung zu erreichen. Die Schulung unserer Funktionäre wird im Frühjahr 1930 auf eine breitere Grundlage gestellt. In der Bundesschule des ADGB in Bernau wird eine eigene Klasse des neuen Gesamt-Verbandes errichtet. Der Reichsbund der Beamten und Angestellten wird auch fernerhin die gegebene Organisationsgruppe der Beamten in der Großorganisation sein. Dadurch wird die Einheit der Kampffront erreicht, die auch wirtschaftlich und sozial gute Früchte bringen wird. Im näheren behandelte dann Kollege Dittmer auch das soziale Arbeitsrecht und den Soziallohn. Man spricht in der Privatindustrie vornehmlich von einem Leistungslohn, und noch heute herrscht in den Kreisen des ADGB, wenigstens theoretisch, die Meinung vor, daß der Leistungslohn das Gebührende für die freien Gewerkschaften sein müsse. Demgegenüber ist auf die praktische Ausgestaltung fast aller Tarifverträge hin-

zuweisen. Dort hat die Praxis alle theoretischen Bedenken gegen den Soziallohn bereits über den Haufen geworfen, wenn auch die Tarifverträge für öffentliche Betriebe am stärksten den Gedanken über Sozialarbeitsrecht und des Soziallohnes zum Ausdruck bringen. Wir marschieren in diesem Zuge der Entwicklung als Dionysos eines neuen Prinzips. In der neuen Großorganisation werden die Betriebsräte wie bisher die Pfeiler sein, auf denen das gesamte Organisationsgebiet in erheblichem Maße aufgebaut ist. — Kollege Schumann führte u. a. aus: Die Konzentration des Kapitals bedingt die Konzentration der Gewerkschaften, welche sich aber nicht nur auf Deutschland beschränken darf, sondern sie muß über den Internationalen Gewerkschaftsbund in allen Ländern der Erde ihre Fortsetzung finden. Dabei muß versucht werden, den Vorprung, den der Kapitalismus sich gesichert hat, einzuholen. Hätten die Eisenbahner diesen Zusammenschluß mit vollzogen, so hätte die neue Großorganisation die eine Million schon erreicht. Dem Druck einer Organisation, welche eine Million Mitglieder hinter sich hat, würde selbst ein Dorfmüller mehr Zugeständnisse machen müssen, als es jetzt dem Einheitsverband gegenüber geschieht. In dem geschaffenen Gesamt-Verband werden für die Zwecke der Schulung und Bildung der Funktionäre im kommenden Jahre 800 000 RM. ausgeworfen. Die Funktionäre müssen sich ihrer Verantwortung bewußt sein und versuchen, aufstrebende Differenzen gemeinsam ohne Hilfe von Berlin zu bereinigen. — Kollege Martin gab dann den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Derbeten waren 194 Delegierte einschließlich der Gauvorstandsmitglieder. Hiervon entfielen auf den Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter 15, auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter 104 und auf den Deutschen Verkehrsband 75 Kollegen. — Kollege Przychowski berichtete dann über die Arbeitseinteilung im Bezirk. Die Abgrenzung des Bezirks bleibt wie bisher. Die im Verbandsstatut vorgesehenen Reichsabteilungen werden wie folgt bearbeitet: Renschin: Abt. A: Gemeindebetriebe und -verwaltungen; Piscek: Abt. B: Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen; Przychowski: Abt. C: Handels-, Transport- und Kraftverkehr und diverse Betriebe; Abt. D: Straßen-, Klein-, Hafen- und Werkbahnen; Leuchtenberg: Abt. E: Post und Telegraphie. Kollege Kieck vom Gärtnerverband bearbeitet in der Abt. A die Gärtnereibetriebe und wird fernerhin dem Kollegen Przychowski in der Bearbeitung der Abt. C zugeteilt, während der Kollege Piscek die Reichsgruppen: Gesundheitswesen und Beamte mitbearbeiten muß. Innerhalb des Bezirks sind folgende Ortsgruppenverwaltungen gebildet: I. Gleiwitz (Angestellte: Kollegen Trappe und Tich); Beuthen, Cosel, Gleiwitz, Gleiwitz-Land, Groß-Strehlitz, Hindenburg, Landsberg, Leobschütz, Oberaloga, Oppeln, Ratibor, Rokittnik, Rosenberg, Sausenberga, Cost, Kreuzburg. II. Görlitz (Angestellte: Kollegen Kohnleber und Racek); Görlitz, Honerswerda, Lauban, Muskau, Reichenbach (O.-L.), Rothenburg, Seitenberg, Weiskauer. III. Hirschberg (Angestellter: Kollege Riezer); Greiffenberg, Hirschberg, Hohenwiese, Krummhübel, Löwenberg, Schmiedeberg, Schreiberhau. IV. Waldenburg (Angestellte: Kollegen Schade und Goltz); Bolkenhain, Freiburg, Friedland, Landesgut, Liebau, Langenbielau, Nerode, Reichenbach, Schwedenitz, Striegau, Waldenburg. — Der Bezirksvorstand besteht aus 11 Personen, und zwar aus den zwei Bezirksleitern Przychowski (Verkehrsbund) und Renschin (Gemeindearbeiter) und nachstehender Kollegen: Georg Piscek, Bezirkssekretär, Breslau; Otto Schulze, Kassierer, Ortsverwaltung Breslau; Artur Senftleben, Geldheber, Görlitz; Gustav Schäfer, Straßenwärter, Sprottau (vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter); Willi Leuchtenberger, Bezirkssekretär, Breslau; Heinrich Brückner, Kassierer, Ortsverwaltung Breslau; Artur Dittmer, Straßenbahner, Waldenburg; Fritz Schipke, Reichsarbeiter, Neike (vom Deutschen Verkehrsband); Fritz Kieck, Bezirkssekretär, Breslau (vom Gärtnerverband). — Für den Verbandsbeirat sind bestimmt die Kollegen: Ernst Drause, Breslau (Gemeindearbeiterverband); Heinrich Mosig, Breslau (Verkehrsbund).

Aus den deutschen Gewerkschaften

Neue KPD-Kampfmethode gegen die Gewerkschaften. Die KPD hat jahrelang mit allen Mitteln versucht, die Gewerkschaften zu erobern. In der Hauptsache wurde es mit Zellenbildung und Opposition innerhalb der Gewerkschaften versucht. Erreicherungswiese vergeblich. Die KPD gewann kein Terrain, sondern verlor von Jahr zu Jahr immer mehr an Einfluß. Nun will sie es mit neuen Mitteln von außen her versuchen. Allerdings wird sie nicht dazu übergehen, neue Gewerkschaften zu gründen, wie Paul Merker auf dem „Ersten Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (30. November und 1. Dezember 1929 in Berlin) sagte. Das sei eine Kampfmethode, die vor 60 Jahren nützlich gewesen, heute aber durch die Verhältnisse überholt sei. „Die praktische Arbeit müsse darin bestehen“, so führte Merker als Hauptredner dieses Kongresses weiter aus, „die roten Vertrauensleute in den Betrieben zu sammeln und durch intensive Agitation (durch Bepredungen, durch Herausgabe eigener Oppositionsblätter in den Gewerkschaften und Betrieben) immer wieder zu neuen Teilkämpfen anzuregen. Nur der Streik gibt die Möglich-

keit, auf das Endziel der roten Opposition hinarbeiten zu können. „Die Massen“ müssen durch solche Kämpfe in Bewegung gebracht und revolutioniert werden. Es ist dann die Aufgabe des roten Vertrauenskörpers, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen. Der Gewerkschaftsstatuten, Betriebsratsgesetz, die Vorschriften des bürgerlichen Rechts und des Arbeitsrechts dürfen keine Hindernisse sein für die Ausnutzung dieser Kämpfe. Zwischenarbeitsliche Regelungen seien auf jeden Fall zu erstreben, um damit das Schlichtungsverfahren des Staates und die Tarifpolitik der Gewerkschaften zunichte zu machen. Die einheitliche Kampfesfront in den Betrieben und den Gewerkschaften müsse das Ziel sein, um auf diese Weise in die Massen des Proletariats hineinzukommen. Merker legte seine Forderungen in Resolutionen nieder, die etwa 10 Druckseiten umfassen und die die einzelnen aufgestellten Forderungen noch einmal zusammenfassen sollen. — In der Diskussion ergriffen abwechselnd aus den Bezirken ein Mann, eine Frau und ein Jugendlicher das Wort. Sie schilderten in mehr oder weniger beredten Worten die wirtschaftliche Notlage des Bezirkes oder Heimatbetriebes, eine Notlage, die zurückgeführt wird auf die Rationalisierung des Produktionsprozesses usw. Es ist keinem Delegierten aufgefallen, daß im allgemeinen die Rationalisierung als großer Erfolg in der Sowjetunion gefeiert wird. Kein einziger Delegierter erkennt die wirtschaftliche Notwendigkeit der Rationalisierung an, ja es wird den Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht, daß sie die Rationalisierung an sich nicht bekämpfen, sondern nur versuchen, soweit es in ihren Kräften steht, die Erfolge der gesteigerten Produktion auch für die Arbeiterschaft nutzbar zu machen. Ungefähr 7 Stunden wird in dieser Weise „diskutiert“, ohne daß auch nur ein positiver Gedanke für die Arbeit der Gewerkschaftsopposition aufgezeigt wird. Wohl werden verschiedene Fragen von einzelnen Delegierten aufgeworfen und gefordert, daß der Kongreß eine Antwort darauf gebe. Es wird gefragt, was sollen die aus den Gewerkschaften ausgeschlossenen für die revolutionäre Arbeit tun? Wie ist die Erwerbslosigkeit zu bekämpfen, wie ein intensiver Frauen- und Jugendschutz durchzuführen? Alle diese Fragen werden immer wieder beantwortet mit dem Hinweis auf den „unerhörten“ Kampf gegen die Sozialfaschisten. Sobald die Diskussion allzu langweilig zu werden beginnt, werden Extranummern in das Programm eingefügt. Sympathietelegramme einzelner Betriebe oder ausländischer revolutionärer Organisationen werden gelesen. Wenn auch das nicht mehr hilft, werden zur Aufmunterung des Publikums Uebertritte zur KPD. mitgeteilt. Als Gipfelleistung gilt in diesem anderen Kabarett der Komiker der Uebertritt eines acht Jahre an hervorragender Stelle tätig gewesenem Heilsarmisten zur KPD. und damit zur revolutionären Gewerkschaftsopposition. — Merker versucht in einem Schlußwort das Fazit aus der Diskussion zu ziehen, muß sich aber darauf beschränken, die von ihm gemachten Ausführungen in etwas anderer Form und mit noch auffälligeren Bemerkungen gegen die Sozialfaschisten zu wiederholen. — Der Bericht der Mandatsprüfungskommissionen ergibt, daß an dem Kongreß insgesamt 1117 Delegierte teilgenommen haben. Darunter 51 Gemeinde- und Staatsarbeiter, einschließlich 2, die aus unserem Verband ausgeschlossen wurden. Gewerkschaftlich organisiert sind oder waren 822 Delegierte, davon in den freien Gewerkschaften 759, ausgeschlossen sind 152, unorganisiert sind ungefähr 300 Delegierte. Politisch organisiert sind insgesamt 811, davon in der KPD. 754, SPD. 3, linke Kommunisten 1, kommunistische Jugend 53, parteilos 281. Die von der Redaktionskommission vorgelegten Resolutionen werden, ohne daß überhaupt jeder Delegierte im Besitz eines Abdruckes dieser Resolutionen ist, natürlich einstimmig beschlossen. Als Vorbereitung zum nächsten R.G.J.-Kongreß fordert Merker, daß eine „unerhörte“ Propaganda in den Betrieben und Gewerkschaften entfaltet wird, um auf dem Kongreß gegen die Gewerkschaften der Sowjetunion nicht allzusehr abzufallen. Es sollen nicht Angestellte der Partei delegiert werden, sondern die „Massen“ sollen ihre Funktionäre selbst wählen und zum Kongreß entsenden. Als Schlußakt wird das „Reichskomitee zur Förderung der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gewählt, wobei insofern ein bedauerlicher Regiefehler unterlaufen war, als die Frauen und Jugendlichen, auf deren revolutionäre Mitarbeit fast alle Redner in besonderem Maße Wert legten, in dem vorgeschlagenen Komitee nicht vertreten waren. Erst durch empörte Zurufe aus der Versammlung mußte das Präsidium auf diesen Fehler aufmerksam gemacht werden. — Das Ergebnis des monatelangen heißen Bemühens der KPD. und ihrer Gewerkschaftsspezialisten, der höchste Ausdruck einer in den Spalten aller Roten Fahnen heftig wogenden „Massenbewegung“, ist also eine zum Davonlaufen langweilige Versammlung von krampfhaft zusammengekrachten „Delegierten“ — armen Menschen, die von einem keineswegs „unerhört“ talentierten Spielleiter aufgezogen und ausgerichtet werden müssen, damit sie in der „Diskussion“ ihr Verslein hersagen. Das traurigste an diesem Anblick bleibt immer, daß sich diese Menschen dazu bereit finden. Das Ergebnis ist ein „Kongreß“, der zehn Seiten Resolutionen produziert — die den Weg aller Makulatur gehen werden. Mit dem verkraachten Rohrlegerstreik in Berlin hat die neue Antigewerkschaftstaktik der KPD. zum Schaden der an ihm beteiligten Arbeiter begonnen. Einige weitere solcher irrsinnigen Maßnahmen werden folgen, bis man in Berlin und Moskau wieder erkennt, daß es so nicht weiter gehen kann. Neue

Parolen werden wieder folgen, genau so unsinnige wie bisher. Man muß sich nur wundern, daß es immer noch Arbeiter gibt, die aus dem zehnjährigen Wüten der KPD. noch nicht gelernt haben, dem arbeiterschädigenden Treiben der KPD. fernzubleiben.

Internationale Rundschau

Henry Ford über den älteren Arbeiter. Henry Ford, der die Ausbeutung der Arbeiter auf seine Weise betreibt, auf der anderen Seite aber wiederum sozialpolitischen Maßnahmen nicht unzugänglich ist, hat den Kapitalisten der alten Schule schon manche Kuckuckseier in das kapitalistische Nest gelegt. Kürzlich hat er in einer Unterredung bestritten, daß die Ford-Werke sich weigern, Arbeiter, die das vierzigste Lebensjahr überschritten haben, einzustellen; unter keinen Umständen möchte er ein Personal von lauter jungen Leuten haben. Tatsächlich, erklärte Ford, würden wir, wenn wir die Wahl hätten, es vorziehen, nur Leute zwischen 35 und 60 Jahren zu beschäftigen, denn dann hätten wir es mit lauter beständigen und erfahrenen Arbeitern zu tun. Wir würden auch Arbeiter über 60 Jahre nicht entlassen, solange sie ihre Arbeit zur Zufriedenheit verrichten. Während man von Männern über 70 Jahren nicht dieselbe körperliche Ausdauer erwarten kann als von Fünfundzwanzigjährigen, meint Ford, können sie über wertvollere Eigenschaften verfügen. Die Berichte der Anstellungsabteilung lehren aber, daß die Arbeitsstellen, die Ausdauer erfordern, am besten von Leuten ausgefüllt werden, die 40 Jahre und darüber zählen. Jüngere Arbeiter scheinen dieser Art Beschäftigung leichter überdrüssig zu werden und wünschen an weniger schwierige Stellen pervert zu werden. Zur Zeit des Intervens hatten die Ford-Werke in Detroit und Umgebung 120 000 Beschäftigte. Sie waren nicht nach dem Alter klassifiziert, aber kurz vorher, als ungefähr 90 000 Arbeiter beschäftigt waren, hatte man eine Zusammenstellung nach dem Alter vorgenommen, die das folgende Bild ergab: Beschäftigt wurden Arbeiter unter 20 Jahren 618, von 20 bis 30 Jahren 28 483, von 30 bis 40 Jahren 34 230, von 40 bis 50 Jahren 20 620, von 50 bis 60 Jahren 5906, von 60 bis 70 Jahren 680, über 70 Jahre 20. — Die Anstellungsabteilung, sagt Ford, macht keinen Unterschied nach dem Alter, es wird nur auf die Tauglichkeit für die Beschäftigungsart gesehen. Ein älterer Mann wird eher als ein jüngerer für eine etwas langsamere Arbeit in Betracht gezogen — das ist die einzige Unterscheidung, die in den Ford-Werken gemacht wird. Von jüngeren Leuten erwartet man, daß sie schneller sind als ältere, und in der Regel trifft das zu. Indessen sind einige von den Arbeitern, die gewisse Arten leichter Arbeit am schnellsten handhaben, ungefähr 50 Jahre alt. Nur ein unbedeutlicher Teil der Arbeit in den Ford-Werken eignet sich für Frauen. Gegenwärtig sind nur 710 Frauen in den Ford-Werken im Detroit-Distrikt beschäftigt. Sie stehen meist im Alter von 35 bis 45 Jahren.

Rundschau

Die Berliner Häfen sind in den Jahren von 1924 bis 1929 ständig erweitert und modernisiert worden. Der Güterverkehr im Empfang und Versand betrug auf Eisenbahn und Wasserstraken rund 31,5 Millionen Tonnen, davon blieben in Berlin 24,5 Millionen Tonnen. Der Rest wurde von Berlin aus weiter geschickt. Die Eisenbahn war beteiligt mit stark 20 Millionen Tonnen, der Schiffsverkehr mit rund 11 Millionen Tonnen. Vor rund vier Jahren wurden noch 72 Proz. der Güter mit der Eisenbahn und 28 Proz. per Schiff befördert. Die abgehenden Güter wurden zu 83 Proz. mit der Bahn von Berlin weiter befördert. Der Schiffsverkehr hat also bis heute gewaltig zugenommen, und dementsprechend ist auch die Beschäftigung in den Hafenanlagen gestiegen. Die Entwicklung dürfte für die Berliner Hafenanlagen für die kommenden Jahre als durchaus günstig bezeichnet werden. Ka. Ho.

Bauwirtschaft für Bauausstellung Berlin 1931. Die im Verein Bauausstellung zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Bauwirtschaft haben einstimmig in einer Vereinsversammlung beschlossen, den Antrag auf Vertagung der Bauausstellung 1931 zurückzuziehen. Maßgebend für diesen Beschluß war die inzwischen geschaffene Möglichkeit, durch die Hinzunahme der beiden 30 000 Quadratmeter umfassenden Antofasseln zu den bereits vorhandenen sechs Funkturmhallen mit Freigelände auf die weiteren für die Ausstellung bisher vorgeesehenen umfangreichen Hallenbauten ohne Beeinträchtigung des Ausstellungsprogramms zu verzichten. Hierdurch entfällt für die Bauwirtschaft der Zwang zur langjährigen Investition beträchtlicher Mittel, und es tritt für sie weiter eine erhebliche Mietpreisermäßigung ein, die durch den Verzicht auf die Schaffung neuer und die Ausnutzung vorhandenen Hallenraumes möglich wurde. Die Mitgliederversammlung des Vereins nahm weiter mit Genugtuung Kenntnis von der Bereitschaft der Organisationen der Ingenieure und Architekten, an der Bauausstellung mitzuarbeiten und stimmte den Vorschlägen des Vorstandes zur Sicherung und Organisation dieser Mitarbeit zu.